

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 88 846 pobn d

## Inhalt

Hans Koschnick, Bürger-  
meister der Freien Hanse-  
stadt Bremen, erinnert an  
den Aufstand im Warschauer  
Getto: Die neue Kraft des  
jüdischen Volkes wurde  
sichtbar. Seite 1

Wolfgang Clement kommen-  
tiert, wie Strauß die CDU/  
CSU/FDP-Koalition öffent-  
lich unter Druck setzt:  
Von besonderer Peinlich-  
keit. Seite 3

Fridolin Scheuble schil-  
dert neue Unverschämthei-  
ten des Staatssekretärs  
Stoiber: Bekommen nach den  
Beamten auch die Abgeord-  
neten in Bayern einen  
Maulkorb? Seite 4

Dokumentation  
Malaufruf der SPD.  
Seite 6

Buchbesprechung  
Erich Fromm "Arbeiter und  
Angestellte am Vorabend  
des Dritten Reiches".  
Seite 8

38. Jahrgang / 74

19. April 1983

### Mehr als ein Verzweiflungsakt

Im Warschauer Getto-Aufstand wurde die neue Kraft des  
jüdischen Volkes sichtbar

Von Hans Koschnick  
Bürgermeister der Freien Hansestadt Bremen  
Mitglied des SPD-Vorstandes

Die Geschichtsschreibung hat sich angewöhnt, den Aufstand  
im Warschauer Getto, der am 19. April 1943 losbrach, als  
einen Akt heroischen aber letztlich sinnlosen Widerstandes  
zu würdigen. Die Mordmaschine der deutschen Vernichtungs-  
lager wurde dadurch nicht angehalten, nicht einmal für ein  
paar Stunden stillgelegt. Hunderttausend von jüdischen  
Menschen aus ganz Europa wurden noch nach diesem Datum  
Opfer verbrecherischen Rassenwahns.

Und dennoch markiert der 19. April 1943 mehr als nur den  
Beginn eines Verzweiflungsaktes. Gewiß war er auch dies -  
angesichts der Gaskammern in Treblinka, Majdanek und  
Auschwitz - hatten die Führer des jüdischen Aufstandes  
beschlossen, es sei besser mit der Waffe in der Hand zu  
sterben, als sich ohne Widerstand zur Schlachtbank führen  
zu lassen - aber er war mehr als das, weit mehr. Hier wurde  
eine neue Kraft im jüdischen Volk sichtbar, ein unbändiger  
Lebenswille, der sich Jahre später beim Aufbau des Staates  
Israel erneut bewähren mußte.

Verlag:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10/217  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0228) 8 12-1

Kostenlos lieferbar  
auf umweltfreundlichen  
Recycling-Papier



Für die Mörder und die Henker im faschistischen Herrschaftsapparat war dies eine ganz neue Erfahrung. Sie bedeutete, daß die Listen und Täuschungen, mit denen sie Tausende bis an die Türen der Gaskammern gelockt hatten, entdeckt und durchschaut waren, daß sie niemals mehr damit rechnen konnten, leichtes Spiel mit ihren Opfern zu haben, daß aktiver Widerstand an die Stelle dulddender Unterwerfung getreten war. Viele Menschen im unterjochten Europa, vor allem in Polen, empfanden den Aufstand im Warschauer Getto, den Aufstand der Schwächsten, der Ohnmächtigsten gegen die gewaltigste Kriegs- und Mordmaschinerie der Weltgeschichte, als ein Signal der Hoffnung.

Im April 1943 hatte der Aufstand gegen die Barbarei keine Aussichten auf Erfolg. Hitlers Armeen standen noch auf der Krim und an den Pyrenäen.

Die Aufständischen aus dem jüdischen Wohnbezirk in Warschau kämpften mit einer Handvoll Pistolen und Handgranaten gegen Panzer und Kanonen einen ungleichen Kampf. Sie wußten, daß sie ihn nicht gewinnen konnten. Aber sie wollten Millionen von Menschen, die gleich ihnen versklavt und unterjocht waren, Mut machen, sich zu widersetzen.

Es gehört zu den dunklen Kapiteln des Zweiten Weltkrieges, daß lange Zeit weder in London, noch in Washington, noch in Moskau die Wahrheit über den Mord am jüdischen Volk geglaubt wurde, daß die Welt trotz aller Beweise die Augen verschloß vor dem Fürchterlichen.

Auch der Aufstand im Warschauer Getto änderte dies nicht. Erst 1945 fand der Leidensweg der europäischen Juden ein Ende. Für Millionen kam die Befreiung von der Nazi-Gewaltherrschaft zu spät. Sie haben keine Gräber, am Ort ihres gewaltsamen Todes erheben sich Mahnmäler. Sie rufen auf zur Abkehr von Gewalt und Haß.

Vom Warschauer Getto ist kaum eine Spur geblieben. Haus für Haus wurde zerstört. Nichts sollte an den Aufstand der jüdischen Bevölkerung erinnern. So wollten es die Nazis. Eine schlichte Gedenkstätte hält heute die Erinnerung an das, was vor 40 Jahren geschah, für die heutige und die kommenden Generationen wach. Für uns Deutsche ein Monument der Scham. Willy Brandt hat dort gekniet, damit aus der Asche der Zerstörung die Saat des Friedens und der Verständigung zwischen Juden und Deutschen wachsen kann.

(-/19.4.1983/ks/ca)

+ + +



Von besonderer Peinlichkeit  
-----

Strauß setzt die CDU/CSU/FDP-Koalition öffentlich unter Druck

Von Wolfgang Clement  
Sprecher des SPD-Vorstandes

Der Rundschlag des Franz Josef Strauß, gestern vor der Presse in München, war sehr ernst gemeint. Es war, was den "Fall" Richard Stücklen angeht, ein Akt der Selbstverteidigung - aber was den schweren Zwischenfall auf der Transitstrecke nach Berlin anbelangt, ein aggressiver Versuch, auf die Deutschlandpolitik der Regierung Kohl/Genscher einzuwirken. Der CSU-Vorsitzende zeigte seinen Koalitionspartnern bei dieser Gelegenheit erstmals öffentlich, daß er seinen Verbleib in München nicht als Rückzug aus der Bonner Politik verstanden wissen will.

Dabei hat Strauß Recht, wenn er der Bundesregierung ankreidet, daß sie erstaunlich lange Zeit verstreichen ließ, ehe sie den Tod des Bundesbürgers Rudolf Burkert auf der Autobahn zu einem ernsthaften Thema zwischen den beiden deutschen Regierungen machte. Der demonstrative Akt des Bundeskanzlers sollte offenkundig das Versäumte wettmachen. Worauf es ankommt, ist indes, daß dieser Zwischenfall wirklich aufgeklärt wird, weil nicht zugelassen werden darf, daß der Transitverkehr von und nach Berlin als ein wesentlicher Bestandteil der deutsch-deutschen und alliierten Vereinbarungen wieder mit Unsicherheiten, Zweifeln oder gar Angst belastet wird. Hier geht es wirklich darum, daß die konservativ-liberale Bundesregierung ein für die Menschen wesentliches Erbe der sozial-liberalen Entspannungspolitik hütet wie einen Augapfel.

Um so fragwürdiger ist es deshalb, wenn der CSU-Vorsitzende von einem "Mordfall" durch die DDR-Grenzorgane spricht, ehe klare Hinweise für diesen schweren Vorwurf sprechen. Dies ist doppelt zu beachten, wenn wir rechtsstaatliche Maßstäbe anlegen. Das weiß natürlich auch Strauß, weshalb die Vermutung naheliegt, daß er diesen Fall nur benutzt, um durch überzogen-aggressive Vorwürfe die CDU/CSU/FDP-Koalition unter öffentlichen Druck zu setzen und auf diese Weise die Kontinuität der bisherigen Deutschlandpolitik zu brechen.

Dabei ist ja zu beachten, daß es bisher keine Koalitionsabsprache über den deutsch-landpolitischen Kurs dieser Regierung gibt, Strauß hier aber ein Einwirkungsfeld sieht, wie er und andere CSU-Politiker bereits deutlich gemacht haben: Ihnen geht es nicht um den ebenso standfesten wie geduldigen Versuch, allen Rückschlägen und allen Widrigkeiten der Grenze zum Trotz, im Interesse der Menschen zwischen den beiden Staaten voranzukommen, sondern sie wollen den ideologischen Konflikt. Insofern ist Strauß' Mordvorwurf nicht hilfreich und alles andere als ein Akt der Menschlichkeit.

Seine Selbstverteidigung, Richard Stücklen betreffend, ist verglichen mit dem Vorbesprochenen natürlich nur eine pikante Arabeske der Unionsehe. Man würde sich scheuen, sie - wie Strauß - in einem Atemzug mit dem menschlichen Leid auf der Transitautobahn zu nennen, wenn sie nicht ebenfalls einen Hinweis auf das gespannte Verhältnis zwischen den Koalitionspartnern enthielte. Überdies gibt sie einen Eindruck vom Umgang in der Union mit Menschen, die man einst auf den Schild hob, um sie unter veränderten Umständen jäh wieder herunterfallen zu lassen. Dabei ist es kein Geheimnis, daß Strauß am Fall Richard Stücklens seinen ganz persönlichen Anteil hat. Seine Schuldverschiebung ins Konrad-Adenauer-Haus ist deshalb von besonderer Peinlichkeit, ganz besonders natürlich für den neuen Bundestagspräsidenten und den Betroffenen, seinen Vorgänger und heutigen "Vize".  
(-/19.4.1983/ks/ca)

+ + +



Neue Unverschämtheiten des Staatssekretärs Stoiber

Bekommen nach den Beamten auch die Abgeordneten in Bayern einen Maulkorb?

Von Fridolin Scheuble

Sprecher der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Wenn am morgigen Mittwoch im Finanzausschuß des bayerischen Landtags der Etat des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei beraten wird, steht auch das Amt des Staatssekretärs in der Staatskanzlei zur Debatte. Und es wird über die Eignung des Amtsinhabers Stoiber zu reden sein. Um es vorweg zu sagen: Die SPD-Landtagsfraktion hält diesen Amtsinhaber für eine Fehlbesetzung, für eine Zumutung gegenüber der Öffentlichkeit und für eine Provokation des Parlaments.

Einst wollte der CSU-Landtagsabgeordnete Stoiber aus Wolfratshausen die Nackten aus der Pupplinger Au verjagen. Dieser Linie blieb der Saubermann Stoiber auch als CSU-Generalsekretär treu. Überall witterte der nadelgestreifte Nudistengegner Unrat und rief zu Kreuzzügen gegen alles auf, was sich der reaktionären CSU-Kleiderordnung nicht anpaßte. Schriftsteller wie Bernt Engelmann stufte er als "Ratten und Schweißfliegen" ein, gegen den DGB inszenierte er eine regelrechte Kampagne, weil er ihn für "kommunistisch unterwandert" hielt, den gewiß nicht kommunistisch unterwanderten "Münchner Merkur" bezichtigte er der "Latrinensprache" (die Zeitung habe nach der verlorenen Strauß-Kanzlerwahl keine sachliche Information über die CSU, sondern nur noch "Berichterstattung in Latrinensprache über innerparteiliche Querelen" geboten), die "Sozis" setzte Stoiber kurzerhand mit den "Nazis" gleich.

Strauß gefielen die Methoden seines Politrowdies Stoiber so sehr, daß er ihm öffentlich bescheinigte, den "Marschallstab im Tornister" zu haben, und ihn gleich mal zum Marschall in der Staatskanzlei ernannte. Da ging Stoiber umgehend ans Werk, sich der Ehre würdig zu erweisen. Einer der ersten, gegen die Stoiber die Sprachkeule schwang, war der harmlose FDP-Bundestagsabgeordnete Josef Grünbeck. Diesen bezichtigte er brieflich der "Geschäftlhuberei" und des "infantilen Aktionismus", nur weil dieser bezweifelt hatte, ob das vorübergehende Doppelmandat von Strauß in Bonn und in München verfassungskonform sei.

Inzwischen verdeutlichte Stoiber auch einem SPD-Landtagsabgeordneten, was er von Parlamentariern und deren Kompetenzen hält. Der SPD-Abgeordnete Dietmar Franzke hatte im zurückliegenden Bundestagswahlkampf von, so der Briefkopf, "Dr.h.c. Franz Josef Strauß, Vorsitzender der Christlich Sozialen Union, Bayerischer Ministerpräsident",



einen Bettelbrief mit beigelegter Zahlkarte erhalten, in dem der Absender um ein "materielles Opfer" für die CSU bat, damit eine andere Politik gemacht werden könne. Franzke nahm den Irrläufer-Brief zum Anlaß für eine Schriftliche Anfrage an die Staatsregierung, in der er unter anderem wissen wollte, in welcher Eigenschaft Strauß bettelte, "als Vorsitzender der CSU oder als Bayerischer Ministerpräsident".

Vor wenigen Tagen nun ging die auf den 25. März datierte Antwort des Staatskanzlei-Staatssekretärs in der SPD-Fraktion ein. Stoiber erklärt darin, "für jeden Leser war nach Inhalt, Form und äußerer Gestaltung eindeutig erkennbar, daß es sich um einen Spendenaufruf des Vorsitzenden der Christlich-Sozialen Union gehandelt hat". Stoiber beschränkte sich aber keineswegs auf diese Auskunft (die durchaus unbefriedigend ist, weil nicht erklärt wird, warum auch der Ministerpräsident im Briefkopf stand). Vielmehr meinte der Staatssekretär schreiben zu müssen: "Die Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Franzke kommt zeitlich zu spät, weil der Fasching schon vorüber ist, zu früh, weil Scherze dieser Art herkömmlicherweise am 1. April gemacht werden."

Zur Sache trägt diese Kommentierung wohl kaum etwas bei. Sie stellt schlicht eine Unverschämtheit und eine neuerliche Flegellei gegenüber einem Abgeordneten dar.

Stoiber schließt seine Antwort mit dem Satz: "Anfragen dieser Art, die erkennbar nicht ernst gemeint sind, stellen einen Mißbrauch des parlamentarischen Kontrollrechts dar." Damit muß sich Stoiber eine Zensur von parlamentarischen Anfragen und damit letztlich eine verfassungswidrige Zensur des ganzen Parlaments durch die Staatsregierung an.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Dr. Helmut Rothenmund wird dieses Stoiber-Schreiben im Ältestenrat des Landtags zur Sprache bringen. Vom Parlamentspräsidenten könnte erwartet werden, daß er den Versuch einer derartigen Bevormundung des Parlaments zurückweist. Festzustellen, ob eine Anfrage zulässig ist oder einen Mißbrauch darstellt, ist ausschließlich Sache des Parlaments selbst beziehungsweise seines Präsidenten.

Offenbar glaubt die Strauß-Regierung nicht nur den Beamten des Freistaats einen Maulkorb umhängen zu können, sondern auch den Abgeordneten. Wehret den Anfängen! Wenn sich ein Parlament Bevormundung durch die Exekutive gefallen läßt, funktioniert die demokratische Gewaltenteilung nicht mehr - dann ist Gefahr in Verzug.

(-/19.4.1983/ks/ca)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Das SPD-Präsidium hat am Montagabend unter Vorsitz von Willy Brandt folgenden Aufruf zum 1. Mai 1983 beschlossen:

"Betrug an den Menschen, die um ihren Arbeitsplatz bangen"

Das sind unsere Hauptaufgaben heute: Arbeit für alle zu schaffen und den Frieden zu sichern. Deshalb fordern wir Sozialdemokraten zum 1. Mai 1983 zusammen mit den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften

- energische Maßnahmen aller in Wirtschaft und Politik Verantwortlichen zum Abbau der hohen Arbeitslosigkeit und
- konsequente Schritte auf dem Wege zu einer wirksamen Abrüstung, die den Rüstungswettlauf endlich zum Stehen bringt.

Wir alle wissen: Auch eine konjunkturelle Erholung unserer Wirtschaft, die wir unterstützen und auf die einige Indikatoren hinweisen, wird die Arbeitslosigkeit in unserem Lande nicht beseitigen können. Die saisonal bereinigten Daten vom Arbeitsmarkt weisen eher in das Gegenteil; es ist nicht auszuschließen, daß die Zahl der Arbeitslosen bis zum Jahresende auf drei Millionen ansteigt. Die Strukturprobleme der deutschen Wirtschaft, vor allem in der Werft- und in der Stahlindustrie, verschärfen sich von Tag zu Tag.

In dieser Situation sind alle, die in Wirtschaft und Politik Verantwortung tragen, aufgefordert zu handeln. Das Zuwarten auf die angeblichen "Selbsteheilungskräfte des Marktes" ist Betrug an den Menschen, die um ihren Arbeitsplatz bangen.

Unsere Industrie muß wettbewerbsfähig bleiben. Dazu gehören öffentliche Investitionen zur Förderung von Zukunftstechnologien. Wir sind uns aber genauso der zentralen Bedeutung der privaten Investitionen für unsere Volkswirtschaft bewußt und treten für eine stärkere steuerliche Begünstigung von Arbeitsplatzschaffenden Investitionen ein. Wir bejahen die unternehmerischen Leistungen der Handwerker und Selbständigen und wollen ihre Leistungsfähigkeit - auch in Anerkennung ihres Beitrages zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit - fördern. Wir sind gegen Subventionen nach dem Gießkannenprinzip, aber Subventionen in zukunftsorientierte und umweltfreundliche Produkte und Produktionsverfahren sind ökonomisch wie ökologisch geboten.

Die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften haben bei den Tarifverhandlungen dieses Jahres erneut einen Beitrag zur Bewältigung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten geleistet. Ihr solidarisches Opfer ist eine Aufforderung an Politik und Wirtschaft, auch ihrer Verantwortung gerecht zu werden. Diese Vorleistung der Arbeitnehmer darf nicht durch ungerechte Sparmaßnahmen der Bundesregierung oder durch einen Abbau der Rechte der Arbeitnehmer verhöhnt werden.

Die konservativ-liberale Koalition geht wirtschaftspolitisch den falschen Weg und setzt gesellschaftspolitisch ihren ungerechten Kurs zu Lasten der Arbeitnehmer, der Mieter, der Rentner, der Arbeitslosen und der sozial Schwachen fort, wie sich auf der anderen Seite am Beispiel der Zwangsanleihe zeigt, die unter Bruch des Wahlversprechens der Union an die Besserverdienenden zurückgezahlt werden soll. Dabei lehrt die Erfahrung, daß die konservativen Lösungen nicht weiterführen: In allen Ländern, wo die Angebotsbedingungen verbessert wurden und gleichzeitig die Nachfrage der breiten Schichten des Volkes beschnitten wurde, hat dies zu einer Verschärfung der Krise geführt.



Wir Sozialdemokraten wissen, daß es keine schnell wirkenden Patentrezepte gibt, aber konkrete Handlungsfelder, auf denen sich verantwortliche Politik bewähren muß. Wir treten für einen Solidarpakt der am Wirtschaftsleben beteiligten Kräfte ein, wobei der Staat seiner Verantwortung für die Arbeitsplätze durch eine aktive Beschäftigungspolitik gerecht werden muß.

- Wir unterstützen die Gewerkschaften in ihren Bemühungen um Arbeitszeitverkürzungen. Wir sind für Flexibilität und Verkürzung der Lebensarbeitszeit. Wir sind für ein neues Arbeitszeitgesetz, das die alten Paragraphen von 1938 aufhebt. Technologie voranzutreiben, aber Arbeitszeit auszuklammern, bedeutet weiteres soziales Ungleichgewicht.
- Wir wollen eine gerechtere Ausbildungsförderung, um die Bildungsschranken für Arbeitnehmerkinder weiter abzubauen und Ausbildung und Zukunft zu sichern. Die Bundesregierung ist aufgefordert, ihre Garantie für ein ausreichendes Lehrstellenangebot einzulösen.
- Wir verteidigen den Sozialstaat. Das heißt: Die Sozialversicherung finanziell zu stabilisieren, den Abstieg der Massennachfrage zu bremsen und die Umschichtung von sozialem Ausgleich in Armut und kontrollierende Fürsorge zu stoppen.
- Wir fordern öffentliche Investitionen; aktive Beschäftigungspolitik und die notwendigen Anstrengungen zur Verbesserung von Lebens- und Umweltbedingungen müssen miteinander verbunden werden.
- Wir wollen eine aktive Industrie- und Strukturpolitik, die sich auf die gleichberechtigte Mitbestimmung der Arbeitnehmer gründet. Bei den großen Strukturveränderungen, wie bei Werften und Stahl, müssen sich die Arbeitnehmervertretungen zur Geltung bringen können. Entweder werden die Arbeitnehmer in der technologischen Revolution gleichberechtigt, mitbeteiligt und mitbestimmend, oder es drohen neue Ausbeutung, gesellschaftliche Konflikte und Entsolidarisierung.

Eine der großen Aufgaben unserer Gesellschaft ist es, die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern zu verwirklichen. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gehört zu den wichtigsten Voraussetzungen der Gleichberechtigung.

Der Ausweg aus der Arbeitslosigkeit darf nicht über eine verstärkte Rüstungsproduktion gesucht werden. Im Gegenteil: Auch die Funktionsfähigkeit der Weltwirtschaft hängt auf Dauer davon ab, daß es gelingt, Rüstungen abzubauen. Dazu ist es notwendig, alle Anstrengungen zu unternehmen, damit eine weitere Umdrehung der Rüstungsspirale verhindert wird. Die Bundesregierung ist gerade hier aufgefordert, deutsche Interessen mit aller Entschiedenheit zu vertreten.

Gewerkschaften und Sozialdemokratie sind seit mehr als einem Jahrhundert verbündet im Kampf um Arbeitnehmerrechte, Demokratie und Frieden. Die Zerschlagung der Gewerkschaftsbewegung nach dem 1. Mai 1933 besiegelte die Entwicklung Deutschlands zur Diktatur und zum Krieg.

Den 1. Mai 1983 verstehen wir Sozialdemokraten als eine Mahnung, uns der gemeinsamen Wurzeln und Ziele der Arbeiterbewegung bewußt zu bleiben und alle Angriffe auf die Demokratie abzuwehren.

Wir rufen alle Arbeitnehmer auf, am 1. Mai für ihre Forderungen, für eine aktive Wirtschaftspolitik zur Überwindung der Arbeitslosigkeit, für die Sicherung des Sozialstaats und für ein Ende des Rüstungswettlaufs zu demonstrieren. (-/19.4.1983/ks/ca)

+ + +



B U C H B E S P R E C H U N G

Erich Fromm, "Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches", dtv-Taschenbuch 4409, DM 12,80.

Wie das Dritte Reich einzog

-----  
Arbeiterbewegung zwischen Denken und Fühlen...

Wie Hitler in den politischen Zentralen des Reichs, bei Hindenburg, in Regierung und Wahlen Einzug hielt, lasen wir in den letzten Tagen überall. Warum dies aber möglich war in einem Land mit starken Gewerkschaften, mit einer großen Gruppe linker Parteien, deren Mitglieder sich aber eher duckten, das schildert eine sensationelle Studie.

Der unterdessen bekanntgewordene Erich Fromm (Bücher "Haben oder Sein", "Die Kunst des Liebens") startete 1929 eine damals noch außerordentliche Aktion, die erst heute, nach fünfzig Jahren, bekanntgegeben worden ist. Er ließ 271 Fragen an Arbeiter und Angestellte stellen. 584 Fragebogen kamen beantwortet zurück - und daraus interpretierte Fromm, wie der Nationalsozialismus in die Herzen von Gewerkschaftern eindringen konnte. Denn 451 der Antwortenden waren Gewerkschafter. Fromm stellte einerseits Fragen, die sich aus dem Parteibüchlein und aus dem Inhalt gewerkschaftlicher Schulungskurse beantworten ließen: "Wer ist schuld an der Inflation!", "Wer hat die wirkliche Macht im Staate?" oder "Welche Regierungsform halten Sie für die beste (Demokratische Republik - Faschismus - Monarchie - Sowjetsystem?)." Andererseits spürten manche Fragen nicht das offiziell Gelernte, sondern das Verhalten zu Autoritäten auf, beispielsweise ob man besser zu den Arbeitskollegen oder zum Chef stehe, ob man bei der Kindererziehung, ohne Prügel auskomme, ob die verheiratete Frau arbeiten sollen dürfe. Eine dritte Fragengruppe hielt die Lupe unauffällig über tiefste Ängste und Verhaltensweisen, insbesondere zum Mitmenschen: "Verleihen Sie Geld oder Gegenstände an Ihre Freunde?", "Gefällt Ihnen die gegenwärtige Frauenmode, der Bubikopf?", "Was halten Sie und Ihre Frau von einer frühzeitigen Aufklärung der Kinder über das Geschlechtsleben?". Das Sensationelle an der Auswertung dieser Antworten lag für Fromm und seine Mitarbeiter darin, daß Gewerkschafter und Wähler eher linker Parteien und die Nazi-Wähler andererseits die strikt politischen Fragen ziemlich getreu dem jeweiligen Parteibüchlein beantworteten, daß aber ihr Verhältnis zu Autoritäten und den Mitmenschen weniger auseinanderging. Viele Gewerkschafter und linke Wähler waren autoritär, individualistisch, frauenfeindlicher als die Programme. Über die Urheber der Inflation oder die Staatsregierungsform dachten sie dagegen viel programmkonformer.

"Kapital, Börse, Banken", lauteten etwa die Antworten zum Thema Inflation. Hingegen glaubte ein gleich hoher Anteil der Arbeitslosen wie der Selbständigen, daß der Mensch an seinem Schicksal selber schuld sei. Beim Geldanlegen und Geldverleihen waren viele Sozialdemokraten ähnlich orientiert wie die bürgerlichen Wähler.

Durch Quervergleiche kam Fromm dann auf eine Gliederung der Antworten in "radikal", "autoritär" und "kompromißorientiert" auf der einen Seite, und nach den Parteien auf der anderen. Er folgerte daraus:

"Als zweifellos wichtigstes Ergebnis ist zunächst der geringe Prozentsatz von Linken festzuhalten, die mit der sozialistischen Linie sowohl im Denken als auch im Fühlen übereinstimmen. Nur von dieser mit insgesamt 15 Prozent recht kleinen Gruppe konnte in kritischen Zeiten erwartet werden, daß sie den Mut, die Opferbereitschaft und die Spontaneität aufbringen würde, die zur Führung der weniger aktiven Elemente und zur Besiegung des Gegners notwendig sind. Zwar besaßen die linken Parteien die poli-



tische Treue und die Stimmen der großen Mehrheit der Arbeiter, aber es war ihnen im Großen und Ganzen nicht gelungen, die Persönlichkeitsstruktur ihrer Mitglieder so zu verändern, daß diese in kritischen Situationen verlässlich gewesen wären". Und: "Es darf jedoch nicht vergessen werden, daß 20 Prozent der Anhänger und der Arbeiterparteien in ihren Meinungen und Gefühlen eine eindeutig autoritäre Tendenz zum Ausdruck brachten". Fast ein Fünftel tendierte darüberhinaus zum zwar rebellischen, aber autoritären Typ. Fromm meinte damit jene, die zwar die Oberschicht, die Spekulanten, den Preußenadel wegen ihrer Fehler bekämpften, aber eigentlich nur nach neuen, vermeintlich bessern Autoritäten", "Führern", Ausschau hielten. Dies vor allem, weil sie selber eben auch kleine Offiziere gegenüber Familie, Kindern und Kollegen waren: gewillt, zu dominieren, bereit, zu gehorchen.

#### Truppen verloren

Daß die Arbeiterbewegung durch Hitler von Ende Januar bis 2. Mai 1933 vollständig zerschlagen worden konnte, erhellt Fromm aus seiner weiteren Analyse. Die Leiter der Bewegung verloren ihre Truppen und konnten ohne Aufstände aus den Betten heraus verhaftet werden, weil bei den Mitgliedern allein gesehen die Übereinstimmung von politischem Bekenntnis und persönlicher Haltung noch kleiner war, als wenn man die Funktionäre einschloß.

Damit hat eine um 1930 gemachte Untersuchung jetzt nach fünfzig Jahren einen neuen Schlüssel zur nationalsozialistischen Machtübernahme - abseits des Scheinwerferlichts der politischen Bühne Berlins - gebracht.

Die Schlußfolgerung aus der Publikation für Gewerkschafter ist heute - mindestens zweifach: Ein bloßes Programm macht keine Arbeiterbewegung aus - sie muß auf persönliche Überzeugung bis ins Kleine, auf entsprechender Haltung bis ins tägliche Leben hinein beruhen. Ferner: Machtverschiebungen geschehen nicht nur im Scheinwerferlicht der Hauptstädte, sondern überall, bis vor die Haustüre. Man muß daher auch überall anpacken oder sperren.

Beat Kappeler

(-/19.4.1983/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

